

Reichsbund erlebt in Sprechstunden einen Ansturm Ratsuchende

Folge der Kürzungen bei den Sozialleistungen / „Viele an die Armutsgrenze gedrängt“ / 800 000 Mark für Klienten erstritten

Landkreis Schaumburg (ssr). Einem „re-gelrechten Ansturm von Ratsuchenden“ ist die Sprechstunde des Reichsbundes in der Stadthäger Klosterstraße derzeit aus-gesetzt. Der Stadthäger Reichsbund-Vor-sitzende Günter Drieschner macht dafür „die ständigen gravierenden Verände-rungen in der Sozialgesetzgebung“ ver-antwortlich. Meist laufen die Verände-rungen auf Kürzungen von Sozialleistun-gen hinaus – und das bedeutet nach Be-obachtungen von Geschäftsführerin Re-gina Braun eine Verschlechterung der Lebenssituation vieler Klienten. „Oft frage ich mich: Wovon können die über-haupt noch anständig überleben? Das müssen ja wahre Rechenkünstler sein“, findet Frau Braun.

Ebenso wie die Lebenssituation vieler Ratsuchender wird auch die Beratungshilfe selbst immer schwieriger. Beispiels-weise zeigten sich die Berufsgenossen-schaften, so Frau Braun, in jüngster Zeit immer hartleibiger, wenn es etwa darum geht, als Folge eines Unfalls oder von Verschleiß eine Minderung der Erwerbs-fähigkeit anzuerkennen. „Wenn ein Ei-senleichter mit 45 Jahren eine Wirbel-säulenverkrümmung hat, versucht man das gern erstmal auf eine angebliche Ver-anlagung zu schieben.“

Die Zahl von Ratsuchenden mit be-rufsbedingten chronischen Erkrankungen schon in mittleren Lebensjahren nimmt in der Geschäftsstelle zu. Das dürfte auf ein breites Spektrum von Ur-

sachen – vom Bewegungsmangel bei sit-zenden Berufen über Schadstoffbela-stungen am Arbeitsplatz bis hin zu ex-trem einseitigen Körperbelastungen – zu-rückzuführen sein. Ein Großteil der Ar-beit der Reichsbund-Expertinnen besteht darin, wirkungsvoll Widerspruch gegen abschlägige Bescheide einzulegen. Dann muß ein Facharzt gefunden werden, der ein Gegengutachten gegen die Expertise der Berufsgenos-senschaft erstellt.

„Solche Gutachter zu finden“, weiß Frau Braun, „ist für uns oft ziemlich schwierig.“

Auch die Renten-versicherungsträger seien dabei, „die Schraube enger zu ziehen“, wenn es um die Anerken-nung einer Berufs-oder Erwerbsun-fähigkeit gehe. Auch in diesem Bereich tauchten auch im-mer jüngere Klien-ten auf: Unter de-nen, die eine Früh-rente beantragen, finden sich immer mehr Menschen zwischen 30 und 40 Jahren.

Die Zahl der Widersprüche steigt. Von den rund 2300 Anträgen, die jährlich in der Geschäftsstelle in allen möglichen Sozialbereichen – von der Frührente bis zum Krankengeld – bearbeitet werden, ziehen mittlerweile gut 120 ein Wider-spruchsverfahren nach sich. Etwa 40 Prozent davon schließt die Geschäftsstel-len zugunsten ihrer Klienten ab. Einige landen sogar beim Sozialgericht.

Immer mehr Ratsuchende kommen in letzter Zeit wegen der häufigen Verände-rungen in der gesetzlichen Krankenversi-cherung. „Bald wird in punkto Pflege-versicherung erneut ein Beratungsboom losgehen“, ahnt Frau Braun schon. „An unsren Sprechtagen geht es hier oft zu zeigen, daß der Reichsbund längst nicht mehr nur für Kriegsopter oder Hinter-



Mehr als 20 Ratsuchende hat Geschäftsführerin Regina Braun (links) pro Tag oft in ihrer Sprech-stunde. Aufn.: Rohde

bliebene Anlauf-stelle ist. Vielmehr erhalten hier mit-tlerweile Menschen mit den verschie-dendsten sozialen Sorgen Hilfe. Da-bei kann es um das Wohngeld genauso gehen wie um Teil-leistungen der So-zialhilfe oder um eine Rehabilita-tionsmaßnahme. Jahr für Jahr wer-den rund fließen nach Beantragung in der Stadthäger Reichsbund-Ge-schäftsstelle rund 800 000 Mark in die knappen Kassen der Bedürftigen.

Gut 3500 Schaumburger ge-hören den Kreis-weit 27 Ortsgruppen des R an. Sie zahlen 6 Mark im Mo-nat für die Mitgliedschaft, dafür ist völlig kost-zwei Drittel der Mitglieder schon Klienten, das andere „Nichtbetroffenen“ zahlt aus Die Geschäftsstelle ist mit t-amtlichen Kräften besetzt. Die kosten werden vom Landesv-tragen, für die Sachkosten (r-Mark pro Jahr) muß der K aufkommen. Der Reichsbun-schließlich von Beiträgen un-sowie ehrenamtlicher A Schaumburger Land verfügt über 150 ehrenamtliche Kräf-Braun, die vor zwölf Jahre schäftsleitung übernahm, hat Kenntnisse zunächst in eine-tungstheorie und dann in der au-Praxis angeeignet.

Um den enger werdenden R-ter Hilfsmöglichkeiten zu k-krant Frau Braun ein Papier t-dem sie die wichtigsten Einschr-Sozialleistungen aufgelistet ha-grunde liegende Tendenz ist c-macht sie an einem Beispiel l-Mieten steigen, aber das Wohn-gekürzt. „Sehr oft sei sie in der-men Lage, die Klienten über schlechternde Lebensgrundlage-ren zu müssen. „Ich kenne dur-Arbeit sehr viele Menschen, d- vergangen Jahren an die Arm-gedrückt worden sind.“

Wort im Sprechstunden einen Ansturm Ratsuchender

n Sozialleistungen / „Viele an die Armutsgrenze gedrängt“ / 800 000 Mark für Klienten erstritten

ewegungsmangel bei sit-
n über Schadstoffbela-
etsplatz bis hin zu ex-
Körperbelastungen – zu-
m. Ein Großteil der Ar-
und-Expertinnen besteht
voll Widerspruch gegen
scheide einzulegen. Dann
zt gefunden werden, der
ten gegen die Expertise

Die Zahl der Widersprüche steigt. Von den rund 2300 Anträgen, die jährlich in der Geschäftsstelle in allen möglichen Sozialbereichen – von der Frührente bis zum Krankengeld – bearbeitet werden, ziehen mittlerweile gut 120 ein Widerspruchsverfahren nach sich. Etwa 40 Prozent davon schließt die Geschäftsstelle zugunsten ihrer Klienten ab. Einige landen sogar beim Sozialgericht.

Immer mehr Ratsuchende kommen in letzter Zeit wegen der häufigen Veränderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. „Bald wird in punkto Pflegeversicherung erneut ein Beratungsboom losgehen“, ahnt Frau Braun schon. „An unseren Sprechtagen geht es hier oft zu wie im Bienenschwarm.“ Die Beispiele zeigen, daß der Reichsbund längst nicht mehr nur für Kriegsopter oder Hinter-

bliebene Anlauf-

stelle ist. Vielmehr erhalten hier mittlerweile Menschen mit den verschiedensten sozialen Sorgen Hilfe. Dabei kann es um das Wohngeld genauso gehen wie um Teil-

leistungen der Sozialhilfe oder um eine Rehabilita-

tionsmaßnahme. Jahr für Jahr werden rund fließen nach Beantragung in der Stadthäuser Reichsbund-Ge-

schäftsstelle rund 800 000 Mark in die knappen Kassen der Bedürftigen.

Gut 3500 Schaumburger gehen den Kreis-

weit 27 Ortsgruppen des Reichsbundes an. Sie zahlen 6 Mark im Monat, die Beratung dafür ist völlig kostenlos. Etwa zwei Drittel der Mitglieder waren auch schon Klienten, das andere Drittel der „Nichtbetroffenen“ zahlt aus Solidarität.

Die Geschäftsstelle ist mit zwei hauptamtlichen Kräften besetzt. Die Personal-

kosten werden vom Landesverband getragen, für die Sachkosten (rund 18 000 Mark pro Jahr) muß der Kreisverband

aufkommen. Der Reichsbund lebt ausschließlich von Beiträgen und Spenden sowie ehrenamtlicher Arbeit. Im

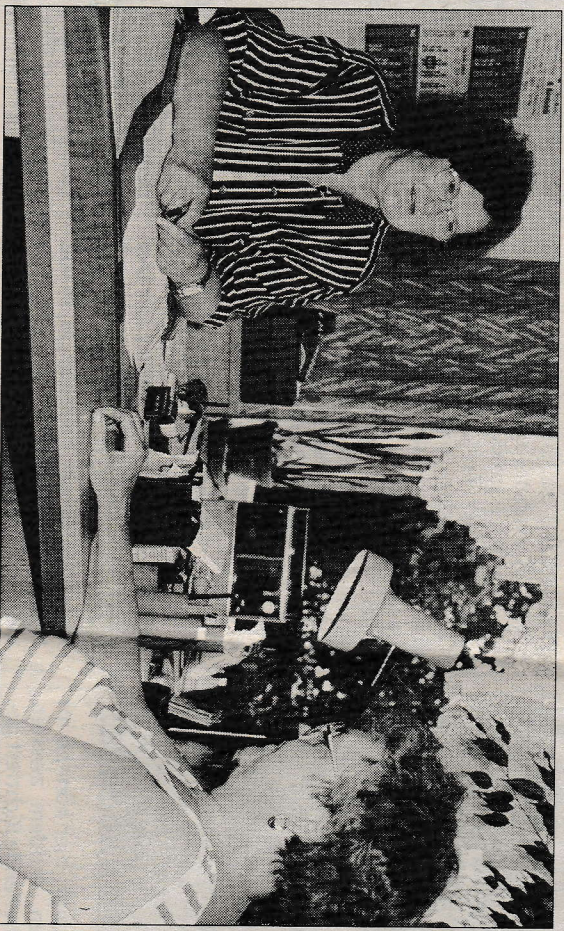
Schaumburger Land verfügt der Verein über 150 ehrenamtliche Kräfte. Regina Braun, die vor zwölf Jahren die Geschäfts-

leitung übernahm, hat sich ihre Kenntnisse zunächst in einer Verwaltungslehre und dann in der aufreibenden Praxis angeeignet.

Um den enger werdenden Rahmen ihrer Hilfsmöglichkeiten zu skizzieren, kramt Frau Braun ein Papier hervor, auf dem sie die wichtigsten Einschnitte in die Sozialleistungen aufgelistet hat. „Die zugrunde liegende Tendenz ist doch die“,

macht sie an einem Beispiel klar: „Die Mieten steigen, aber das Wohngeld wird gekürzt.“ Sehr oft sei sie in der unbequemen Lage, die Klienten über sich ver-

schlechternde Lebensgrundlagen aufklären zu müssen. „Ich kenne durch meine Arbeit sehr viele Menschen, die in den vergangenen Jahren an die Armutsgrenze gedrückt worden sind.“



Mehr als 20 Ratsuchende hat Geschäftsführerin Regina Braun (links) pro Tag oft in ihrer Sprech-

Aufn.: Rothe

stunde. 3500